

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher: Amt Cahoro Nr. 6488

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzustellungsurte Nr. 3164

Inhalt: Rückblick auf das Jahr 1914 (II). Der Gau Hannover im Jahre 1914. — Arbeitslosenfürsorge der Gemeinden (I). — Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1913 (II. Schl.). — Wochenbericht vom Krieg. — Kriegsbriefe. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Totenliste des Verbandes.

Rückblick auf das Jahr 1914.

II. Die deutschen Gewerkschaften.

Wenn man im Wirbel der weltgeschichtlichen Ereignisse unserer Zeit einen Augenblick rückwärts schaut, so zeigt sich, daß die sieben Friedensmonate des Jahres 1911 für die deutschen Gewerkschaften schon nicht sonderlich Erfolgreiches boten. Die schlechte Wirtschaftskongunktur ermöglichte keine größeren Kämpfe, und die schärfste Handhabung der Gesetzgebung durch die Gewerkschaften eine Menge unangenehmer Prozesse und erforderte Abwehrmaßnahmen und fortgesetzte Wachsamkeit. Dazu versagte die sozialpolitische Gesetzgebung bei dem wichtigsten Problem der Arbeitslosenfürsorge vollkommen, obwohl das Teilerperiment des jetzt so viel geschmähten England eigentlich den Beweis der Durchführbarkeit erbracht hat.

Ueberhaupt ist die gesamte sozialpolitische Bilanz des verflohenen Jahres recht Mäglich, und erst die Räte der fünf Kriegsmonate haben bessere Ansätze aufzuweisen.

Sturz vor Kriegsbeginn trat der Münchener Gewerkschaftskongress zusammen, um vernehmlich gegen die herrschende Reaktion auf dem Gebiete der Gesetzesanwendung gegenüber den Gewerkschaften zu protestieren. Dazu wurde die Sozialpolitik als völlig ungenügend gefestigt und neue klar umrissene Forderungen aufgestellt. Die innere Entwicklung der deutschen Gewerkschaften lastete sich zögernd vorwärts in den Debatten über die Organisationsform, an denen unsere Organisation in hohem Maße interessiert war und auf deren Resultate wir noch kurz zurückkommen.

Dann brach das furchtbare Unwetter der Weltkriegs mit seinen Schrecken über die Gewerkschaften herein.

Am ersten Augenblick erschien es mandem, als sei nun das Friedenswerk gefährdet, das die Jahrzehnte hindurch in raschem Anstiege begriffen war. Zweieinhalb Millionen frei organisierter Arbeiter, fast 90 Millionen Mark Vermögen und Jahreseinnahmen von 82 Millionen Mark (gegen eine Ausgabe von 77 Millionen Mark gegenüberstand). Das sind in groben Ziffern die Quader des gewerkschaftlichen Unterbaues kurz vor dem Sturz. Dazu die glänzenden Leistungen sowohl auf dem Gebiete des eigentlichen Lohnkampfes (1913: 16 Millionen!) als für Unternehmungs-zwecke (1913: 11½ Mil-

lionen, Kranken 13½ Millionen) und für Bildungs-zwecke (1913: über 3 Millionen)!

Das alles sollte nun zusammenbrechen? Daran konnten nur die allergrößten Feindhasser glauben. Wohl idlung der Krieg gleich in den ersten Wochen den deutschen Gewerkschaften tiefe Wunden. Ueber 600 000 Mitglieder der freien Gewerkschaften (gegenwärtig nahezu ½ Millionen!) wurden ins kämpfende Meer eingetaucht. Sie hatten — wie Tausende von Feldpostbriefen berichten — auch in dieser schweren Zeit ihre Verbindung und ihre kollegiale Solidarität nach Möglichkeit aufrecht, und die gewerkschaftliche Erziehungsarbeit verlagert sich ganz gewiß nicht in Feindesland und läßt alles Gerede von „deutschen Barbaren“ als Stimmungsmaße der gegenwärtigen Anstandspreise erkennen. Daß in diesem furchtbar grausamen Ringen der Kämpfer sich dennoch ein Stück Menschlichkeit auch dem Feinde gegenüber zeigt, ist sicher nicht zuletzt das Werk der langjährigen deutschen Gewerkschaftsarbeit. Aber auch das gute Funktionieren des militärischen Organisationsapparates, wie die auf Einzelinitiative und Einordnung basierende Miesenleistung des deutschen Heeres ist zum guten Teil jenen Eigenkräften zu verdanken, die von den deutschen Gewerkschaften in langjähriger mühevoller Steinarbeit geübt und gefördert wurden. Das ist in diesen Tagen der Not selbst von solchen Leuten zugeitanden (Möbel u. a.), die sonst als grimmige Feinde der Arbeiterkass auf der „anderen Seite“ standen.

Wer wollte auch leugnen, daß neben den Gräulichkeiten und Furchtbarkeiten dieses Weltkrieges der Geist der Solidarität und Kameradschaftlichkeit zahlreiche Triumphe feiert?

Unter dem Gesichtspunkt der engen Zusammengehörigkeit aller Glieder der freien Gewerkschaften wurde denn auch bald nach Ausbruch des Krieges vielfach den Familien der ins Feld Gezogenen und den Arbeitslosen in besonderer Weise beizuhelfen. Um das aber zu ermöglichen, mußten wiederum stürzungen von Sterbegeld und Krankengeldzuzinsen erfolgen. Ebenso wurden nur die notwendigen Ausgaben gemindert (Einsparung der Beantworte, Verkleinerung der Adressen usw.).

Alle diese einschneidenden, die Statuten außer Kraft setzenden Maßnahmen mußten bei dem herrschenden Kriegszustand ohne Generalvertretungen nur durch die Vorstandsbeschlüsse veranlassen werden. Das hat zwar hier und da einigen Unwillen ausgelöst, ist aber im ganzen willig angenommen worden in der Erkenntnis, daß diese Opfer immer noch geringfügig sind gegenüber denen, wie sie die Kollegen im Felde kühn und stündlich bringen müssen.

Witterweile hat sich auch der Wirtschaftsmarkt erstaunlich geteilt. Die von vielen vorausgesagte sich weiter steigende Arbeitslosigkeit ist ausgeblieben. Von 30 bis über 50 Proz. Arbeitslosigkeit wurde in der ersten August-

hälfte in zahlreichen Berufen gezählt. Jetzt, Anfang Januar 1915, beträgt sie nur noch 5 bis 25 Proz. Letzteres nur in wenigen Spezialgewerben (Bildhauer, Buchdrucker usw.), während ungelernete Arbeiter sowie Spezialarbeiter der Metall- und anderer Industrien vielfach gesucht sind!

Anders wäre freilich das Bild, wenn unsere Truppen nicht siegreich geblieben wären oder bleiben würden. Als bald würde eine erschreckende Wirtschaftslähmung einieren, und die Zurückgebliebenen würden das Grauen des Krieges in ganz anderer Weise zu kosten bekommen. Doch wir wollen das nicht weiter ausmalen. Man braucht nur an Belgien oder an Ostpreußen und Galizien zu denken!

Ob freilich bei längerer Dauer des Krieges -- mit der wir zurzeit immer noch rechnen müssen, trotz aller Friedenssehnsucht -- die günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes anhält, ist nicht ganz sicher. Zurzeit nimmt die Rüstungsindustrie unmeßbare Mengen von Arbeitskräften auf. Dazu ist ein „Anwachsen“ vieler Berufe zu beobachten, wie das in Friedenszeiten undenkbar wäre. Tausende von Handwerkern und Industriearbeitern gingen als Schanzarbeiter ins Feld. Gelernte Fleischer und Bäcker, die früher keine Existenzmöglichkeit in ihrem Gewerbe hatten, sind von der Fabrikarbeit wieder ihrem alten Beruf zugeführt. Ebenso haben große Fabriken -- namentlich in der Exportindustrie, die fast tot ist -- sich völlig umorganisiert und dienen neuen Unternehmungen anderer Art.

Wie schon die Kriegsnotgesetze mancher Einschränkungen des Arbeiterstandes und der Sozialgesetze brachten, so mußten die Gewerkschaften der Kriegszeit auch darin ihren Tribut zollen, daß sie die dem eigentlichen Ziel -- Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse -- auf dem Wege des Lohnkampfes nicht mehr nachgeben konnten. Insofern hat sich für einzelne besonders qualifizierte Arbeiter die Situation sehr günstig gestaltet. Und soweit Tarifverträge bestanden, sind sie fast durchweg eingehalten worden. Da es hat sich bei den besonders mitgenommenen Gewerben, Buchdruck- und Pappgewerbe, neuerlich eine Arbeitsgemeinschaft herausgebildet, über die erst mehr zu sagen sein wird, wenn sie eine längere Praxis hinter sich hat. Jedenfalls bedeutet diese Arbeitsgemeinschaft heillos keine „Harmonisierung“ im Sinne der „Hirde“, sondern sie ist eine aus der Notlage heraus geschaffene Erleichterung, die die bleibenden Gegenstücklichkeiten von Kapital und Arbeit dauernd nicht beeinflussen kann.

Die freien Gewerkschaften haben gegenwärtig unter keinen Polizei- oder Gesetzesdrücken zu leiden. Daß der Staat dabei besser fahren würde, diesen Zustand dauernd beizubehalten, bedarf keiner Frage. Andererseits ist natürlich nicht zu befürchten (wie wir schon in voriger Nummer auseinandersetzen), daß der freierorganisierte Arbeiter nun „ein anderer“ werden wird, wie das auch einige Leute mit Freiherrn v. Bedlich vergeblich erhoffen. „Anders“ könnten allenfalls diejenigen Kurpolitiker werden, die schon in Friedenszeiten so gern und so merkwürdig von sich reden machten und die unser Verbandsvorsitzender in seinem weiter hinten abgedruckten Schützengrabenbrief trefflich charakterisiert hat.

Was die demselben Gewerkschaften in den verfloßenen fünf Kriegesmonaten an Arbeitslosenfürsorge geleistet haben, ist ein so hohes Ruhmesdiadem, daß es nach unserer Meinung noch in der Geschichte weitgehende Würdigung finden wird. Gemeinden, Einzelstaaten und Reich haben unter dem moralischen Zwange dieser vorbildlichen Leistung endlich ihren prinzipiellen Widerstand aufzugeben und zugehört den Weg beschritten, auf dem sie nun weiter vorwärts gedrängt werden müssen.

Die gewerkschaftliche Innenarbeit -- Agitation und Aufklärung -- hat in der ersten Zeit des Krieges fast ganz aufgehört. Jetzt finden fast überall wieder regelmäßige Versammlungen statt, die Presse erscheint in weniger be-

schränktem Umfange und die Einwirkung der Gewerkschaften auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist vielfach mit gutem Erfolge gelungen.

Ein inniges Band knüpft einen großen Teil der Mitglieder, die im Felde stehen, an ihre Organisation, wie sich das in den zahlreichen Zuschriften, Feldpostbriefen, der Postier nach dem Gewerkschaftsblatt im Felde zeigt. Viele Tausende sind freilich schon dahingeeifert. Ihrer gedenken wir in Wehmut, und wir sind dessen sicher: alle Zurückkehrenden werden sich mit uns in ganzer Willensenergie vereinigen, damit dieser Krieg der Letzte sei.

Schwer genug werden die Aufgaben der deutschen Gewerkschaften nach dem Kriege sein. Wir zweifeln jedoch nicht, daß sie auch hier allen billigen Anforderungen gerecht zu werden vermögen, denn jeder Kriegesmonat hat sie in diesem Entschluß gefestigt und der Opfermut der Zurückgebliebenen wird nicht erlahmen, wenn es gilt, den Heimkehrenden gewerkschaftliche Hilfe anzubereiten zu lassen.

Daß diese Heimkehr schneller, wie wir jetzt zu hoffen wagen, und daß sie siegreich sein möge, ist unser aller Neujahrswunsch.

Der Gau Hannover im Jahre 1914.

Wenn wir am Ende des Jahres Betrachtungen darüber anstellen, was das verfloßene Jahr den händischen Arbeitern im Gau Hannover gebracht hat, dann müssen wir das traurige Resultat verzeichnen, daß recht wenig Gutes dabei herausgekommen ist. Die vielen Hoffnungen, die so mancher Arbeiter zu dem Jahre 1914 gehegt hat, sind unerfüllt geblieben. Von wem auch Ausnahmen abgesehen sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den meisten Städten keineswegs befriedigend für die Arbeiter. Sozialpolitische Stadtkonferenzen hat es in der Provinz Hannover überall nicht. Das erklärt sich aus der Zusammenfassung der händischen Kollegen, wo Arbeitervertreter nicht anzutreffen sind. Wie denn überhaupt die Vätervertreterkolonnen neben den Wohlfahrten eine untergeordnete Rolle spielen. Wenn daher die händischen Arbeiter nicht aus eigener Kraft in der Lage sind, eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu erreichen, dann ist eben von den händischen Kollegen aus eine eigene Antriebe recht wenig zu erwarten. Von einem sozialen Frühgefühl war in diesen Angelegenheiten bisher recht wenig zu spüren. Selbst in der jetzigen Zeit besitzen vielfach die Stadtkonferenzen, da man häufig die Stellen der einbezogenen händischen Arbeiter unbesetzt läßt. In Halle glaubt man gar, Wunder wärs, sollte gar man begeht, wenn denn Meinungsverschieden die Frauen der einbezogenen Arbeiter jetzt die Arbeit der Männer verrichten müssen. Richtiger wäre es doch wohl gewesen, wenn man die Familien genügend unterstützt hätte und an Stelle der Einbezogenen wären Arbeitslose getreten, die in genügender Anzahl vorhanden sind.

Die tägliche Arbeitszeit beträgt noch in allen Städten zehn Stunden. Nur in einigen Städten hat die Strahlenrechnung eine 9 1/2stündige Arbeitszeit. Für die Prämienzeit besteht allerdings für die Wintermonate eine längere Arbeitszeit, das ist aber auch nicht bedeutend mit einer Herabsetzung des Lohnes. Die Restarbeitszeit darf aber nicht eine Herabsetzung des Lohnes zur Folge haben, da die Arbeiter eine Schwärzung ihres Einkommens gar nicht ertragen können. Für eine Verbesserung der täglichen Arbeitszeit sprechen sehr viele Gründe, dagegen wohl keine Hindernisse, wenn nicht das Problem in den Vordergrund getreten wird. Gerade die jetzige Zeit beweist die Notwendigkeit einer längeren Arbeitszeit. Als vor mehreren Wochen der 2. Zehntel erklärt wurde, in einem händischen Petitionsbuch des Jahres die Überwinden abzuwickeln und die tägliche Arbeitszeit zu verlängern, damit mehr Arbeiter beschäftigt werden können, wurde er nur zu sagen: „Doch können wir schon wieder mit aller Bequemlichkeit an die händischen Kollegen jetzt mitunter gehen.“ Also schon jetzt noch ist es nach Hundt sehr Herrn Parteibüchle, wenn wir während der Dauer des Krieges eine Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit über 10 Stunden nicht erlauben dürfen, so ist das Wort nicht zu verwerfen.

Auf dem Gebiete der Lebensunterstützung ist im vergangenen Jahre ebenfalls wenig von Bedeutung geschehen. So sind die Löhne in der ersten Zeit des Krieges um 20 bis 30 Proz. gesunken, während die Preise um 50 bis 100 Proz. gestiegen sind, was für jeder irgendeine der Folgen hat. Die Preise werden in dem nächsten Jahre von den Petitions-

lern festgelegt, so daß kein Arbeiter weiß, welchen Lohn er zu beanspruchen hat. Das ist ein ungesunder Zustand, unter dem die Arbeiter zu leiden haben. Da jetzt in den meisten Fällen nicht nach Dienstafter oder persönlicher Leistung entlohnt, sondern es fast ausschließlich andere Gründe zu Lohnzulagen. Etwas Derartiges sollte aber in städtischen Betrieben nicht vorkommen.

In Braunschweig haben Teile der städtischen Arbeiter 10 und 20 Pf. Zulage pro Tag erhalten. An den sehr geringen Lohnzulagen wurde nichts geändert, trotzdem liegt die Wohnzulage seit fast langem darauf vor, wie denn überhaupt die Löhne einer generellen Regelung bedürfen. Braunschweig ist auch diejenige Stadt, wo die Lohnverhältnisse am ungünstigsten für die Arbeiter sind. Hören wir, daß hier endlich einmal eine durchgreifende Aenderung eintritt.

In Staffel wurde die Lohnberechnung vom Jahre 1913 beendet. Auch hier ist man den Forderungen der Arbeiter nicht nach gekommen und hat die ungenügenden Anfangslöhne bestehen lassen. Nur die Endlöhne wurden um fünf Klassen erhöht. Das ist keine wesentliche Verbesserung für die Arbeiter. Während früher der Endlohn nach 5 Dienstjahren erreicht wurde, kann der jetzige Endlohn erst nach 10 Dienstjahren erreicht werden. Die bisherige Dienstzeit kommt dabei nicht in Betracht. Von den jetzigen älteren Arbeitern, die bereits 10, 15 und 20 Dienstjahre hinter sich haben, werden nur wenige den Endlohn erreichen, da sie bis dahin schon gestorben sind. Der Wechsel der Arbeiter bringt es aber mit sich, daß auch von den jüngeren Arbeitern wenige die Endlöhne erreichen. Ein Hochlohn, der nach einer längeren Dienstzeit als fünf Jahre erreicht wird, hat für die Arbeiter recht geringen Wert. Dann hat man sogenannte Sonderzulagen von 10, 15 und 20 Pf. pro Tag eingeführt. Diese Zulagen werden ebenfalls erst nach fünfjähriger Dienstzeit gewährt. Wollte man den Arbeitern wirklich etwas Gutes bieten, dann müßten diese Zulagen schon beim Eintritt in den Betrieb gewährt werden. Bei der jetzigen Regelung erhält ebenfalls nur ein kleiner Teil der Arbeiter diese Zulage, die Mehrzahl geht hier aus. Die von den Arbeitern gewünschte Fortminderndes für die im Tage- und Nachtlohn beschäftigten Arbeiter war bei Ausbruch des Krieges noch nicht eingeleitet. Jetzt unter die Angehörigen.

Eine Regelung der Löhne der Arbeiter des Aufbaus, Straßen- und Kanalbau erfolgte in Herford. Die Verbesserungen, die man in verschiedener Weise auf einer Seite gewährte, hat man durch Verschlechterungen auf der anderen Seite wieder zunichte gemacht. Mit der Lohnregulierung erfolgte auch eine Festsetzung der Arbeitszeit für die Wintermonate und Winter. Diese Verluste werden im Winter im Winter hat man aber auch eine erhebliche Lohnminderung zur Folge. Jetzt werden nur die tatsächlichen gearbeiteten Stunden bezahlt. Während früher auch schon eine längere Arbeitszeit im Winter bezahlt wurde, wurde doch derselbe Lohn bezahlt wie im Sommer. Durch die jetzt eingeführten Stundenlöhne in der Lohn für die Wintermonate liegt der Lohn der Arbeiter niedriger wie vormals. Das Jahreskommen der Arbeiter hat sich dadurch nicht nennenswert verbessert.

In München erhielten die Arbeiter des Gaswerks und der Abfallwirtschaft eine Zulage von 20 Pf. pro Tag. Auf dem Gaswerk wurde eine größere Gehaltsaufschlagung vorgenommen, ehe sich die Verteilung zu dieser geringen Zulage bewegte.

In allen übrigen Städten erhielten keine Zulagen, obwohl wie in Göttingen und Hannover die Notwendigkeit dafür nicht zu leugnen ist.

Die Bewegungen in Bremen und Oldenburg wurden ebenfalls durch den Kriegsdauer die Wirtschaftlichen Kämpfe haben. Damit ist aber keineswegs die Verteilung dieser Forderung abgetan.

Bei der Gasverkömmerung des städtischen Gaswerks Bremerhaven in den Katernewörtern angekündigt, daß sie vom 1. Januar 1915 ab nur noch 20 Mark monatlich erhalten sollen. Der bisherige Lohn betrug 60 Mark monatlich, davon sind aber schon vor Ausbruch des Krieges 10 Mark abgezogen. Es ist geradezu unverständlich, wie in der jetzigen Zeit die Verwertung eines heimischen Betriebes der Arbeit in eine derartige Lohnminderung auch nur androhen mag. Jedenfalls ist in dieser Sache noch nicht das letzte Wort gesprochen. Doch aller Friedensstiche können die Arbeiter hierzulande unmöglich schicksallos sein.

Aus dem hier Angeführten geht zur Genüge hervor, daß das Jahr 1914 den politischen Arbeitern keine Erleichterung gebracht hat. Hoffen wir, daß das Jahr 1915 uns einen recht günstigen Ausgang zu werden bringt. Getaut ist, daß eine bessere Bewertung der Arbeiterschaft erreicht wird durch seinen Zusammenstoß.

Arbeitslosenfürsorge der Gemeinden.

Zu diesem Thema, über das wir mancherlei Einzelmaterial beibrachten, schreibt das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ zusammenfassend folgendes:

Zeit Jahren drängt die Arbeiterschaft auf die Durchführung der Arbeitslosenfürsorge, ohne einen nennenswerten Erfolg erzielen zu können. Das Reich wies die Lösung der Aufgabe den Bundesstaaten, diese wiesen sie den Gemeinden zu, die wiederum erklärten, die Arbeitslosenfürsorge kann nur durch das Reich erfolgen. Nun ist in wenigen Wochen durchzuführen, was man jahrelang als unüberwindlich angesehen hat. Es ist Arbeitslosenfürsorge durch Gemeinden unter Beihilfe der Bundesstaaten und des Reichs geschaffen.

Im August 1914 hat der Staatssekretär des Innern durch die Bundesstaaten den Gemeinden empfohlen lassen, Arbeitslosenfürsorge zu treffen und bei der für diesen Zweck zu schaffenden Organisation die Mitwirkung der Gewerkschaften herbeizuführen. Diese Empfehlung ist nach den Berichten der Gewerkschaftsstatistik nicht in genügendem Maße beachtet worden.

So anerkanntswert es ist, daß verschiedene Gemeinden, zum Teil bereits in den ersten Kriegswochen, Fürsorge für die Arbeitslosen getroffen haben, so bedauerlich ist es, daß auch heute noch zahlreiche Gemeinden nicht das geringste auf diesem Gebiete getan. Es gibt in Deutschland 3710 Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern; davon 2441 mit 2-5000, 1028 mit 5-20000, 223 mit 20-100000 und 16 mit über 100000 Einwohnern. Die meisten der Gemeinden mit 2-5000 Einwohnern dürften in Industrie und Handwerk tätige Arbeiterschaft haben, die unmittelbar unter der Wirkung des Krieges leidet. Die Umfrage der Generalkommission betreffend Arbeitslosenfürsorge ergab an 800 Gewerkschaftsstatistiken. Von diesen wurden Angaben für 612 Gemeinden gemacht. Nach den Berichten ist nur in 301 dieser Gemeinden in irgendwelcher Form etwas für die Arbeitslosen getan. Für 126 Gemeinden wird berichtet, daß keine oder nur sehr wenige Arbeitslose vorhanden sind. Es sind dies Orte, in denen die Industrie fast ausschließlich Kriegsmaterial herstellt, oder Grenzorte, in denen die mannliche Bevölkerung bei Sommerarbeiten tätig ist. In letzteren Orten gibt es aber vielfach eine größere Zahl weiblischer Arbeitsloser, welche der Fürsorge dringend bedürfen.

Von den 301 Gemeinden gewährten 106 den Arbeitslosen nur gelegentlich eine Vorratung oder einen Mietzuschuß oder Naturalien. Die Großstädte, welche diese primitivste Form der Arbeitslosenfürsorge, die fast nicht viel von der Armenfürsorge unterscheidet, eingeführt haben, sind Bremen, Breslau, Erfurt und Leipzig. Immerhin ist es ein Versuch, den Arbeitslosen zu helfen, wogegen andere Großstädte, wie Baden, Coblenz, Gelsenkirchen, Kiel, Königsberg i. Pr. und Wuppertal sich einmal diesen gemacht haben. Den Wert solcher Versuche wollen wir durchaus nicht herabmindern. Es kann unter Umständen den Arbeitslosen mit der Lieferung von Naturalien mehr geholfen sein, als mit einer Vorratung, wenn auch die letztere man ganz fortfallen darf. Aber wenn diese Art der Fürsorge ganz wirkungslos erfolgt, ohne daß dem Empfänger eine bestimmte Beihilfe für das Gedeihende gewährleistet ist, so kann man sie nicht als ausreichende Arbeitslosenfürsorge ansehen. Diese ist nur dort gegeben, wo den Bedürfnissen die Garantie geboten wird für eine die dringendste Not beherrschende Summe, gleichviel, ob diese in bar oder zum Teil in Naturalien verabfolgt wird.

Von Orten mit 50-100000 Einwohnern, die keinerlei Arbeitslosenfürsorge getroffen haben, seien hier genannt: Bromberg, Elbing, Flensburg, Hildesheim, Oberhausen, Pforzheim und Schwerin i. M. Nun ist die Größe des Ortes schließendlich nicht entscheidend dafür, daß die Zahl der Hilfsbedürftigen eine besondere Einrichtung für deren Unterhaltung notwendig macht, wenn auch allgemein bekannt ist, daß in Städten mit über 50000 Einwohnern keine Notwendigkeit vorhanden sind. Jetzt steht aber andererseits, daß in zahlreichen kleinen Orten, deren Industrie fast ausschließlich für den Export arbeitet, wo nur die Produktion von Glas, Porzellan oder Eisenwaren erfolgt, infolge des Krieges die große Not bei der Arbeitsbevölkerung eingetreten ist, die nur zum Teil durch die von den Gewerkschaften gewährten Unterhaltungen gemindert wird. In diesen Orten ist nach den der Generalkommission zugänglichen Berichten bisher keine Fürsorge für die Arbeitslosen getroffen. Die Gemeinden sind zum Teil zu arm, um eine solche durchzuführen zu können. Sie muß hier aber durchgeführt werden, und dies wird ausüben können, nachdem das Reich und einzelne Bundesstaaten Mittel für diesen Zweck zur Verfügung gestellt haben.

In 186 Gemeinden ist Arbeitslosenunterstützung noch be-
stimmten Sätzen eingeführt, in 9 weiteren Gemeinden war dies bei
Abkündigung des Berichtes in Aussicht genommen. Das „Corre-
spondenzblatt“ bringt eine genaue Uebersicht in zwei Tabellen.

In 10 Orten werden den Arbeitslosen weniger als 3 Mk. pro
Woche an Unterstützung gewährt. Unter diesen Orten befindet sich
auch Göttha mit fast 10 000 Einwohnern. Hier müssen sich die Ar-
beitslosen mit einer Unterstützung von 2,75 Mk. pro Woche be-
gnügen. Allgemein sollte man annehmen, daß 1 Mk. pro Tag bzw.
6 Mk. pro Woche der Mindestsatz sein sollte, der den Arbeitslosen
gezahlt wird. Jedoch finden wir 61 Gemeinden, die weniger als
6 Mk. pro Woche den arbeitslosen Kammlern zahlen. Darunter
sind 10 Großstädte bzw. Vorortgemeinden der Großstädte, 7 Ge-
meinden mit 50 000 bis 100 000, 11 mit 25 50 000, 19 mit
10 25 000, 12 mit 2 10 000 und 2 unter 2000 Einwohnern. Nur
der Umstand, daß in den Großstädten mit so niedrigen Unter-
stützungssätzen die Arbeitslosen zum Teil anderweitig Unterstützung
erhalten, kann als Entschuldigung dienen. In Berlin zum Bei-
spiel gewährt die Landesversicherungsanstalt zu den 4 Mk., die
Reichsrenten und Löhnen gezahlt werden, zu denen, wenn Minder
zu erheben sind, noch 1 Mk. pro Woche hinzu, Zuzuschüsse.
Diese sind aber nicht fest bestimmt, sondern werden im Einzelfall
nach Belieben von den leitenden Beamten festgesetzt. In dem
Schnittwege von 5 Mk. pro Woche zahlt die Stadt Berlin dann noch
Witzjuchsh. Ferner erhalten die Arbeitslosen durch private Or-
ganisationen, denen die Stadt zum Teil Zuschüsse gewährt, im Be-
dürftigkeitsfalle Naturalien geliefert. In den meisten Großstädten
und deren Vorortgemeinden werden höhere Unterstützungen ge-
währt. Der höchste Satz, der in einer Großstadt gezahlt wird, ist
mit 11 Mk. pro Woche bemessen. Solche und noch höhere Sätze
finden wir jedoch auch in kleineren Gemeinden. In fünf Gemein-
den sind keine Unterstützungssätze festgelegt, sondern es ist bestimmt
worden, daß die Arbeitslosen zu der Unterstützung, die ihnen die
gewerkschaftliche Organisation zahlt, 50 respektive 70 Proz. Zuschuß
erhalten. Die Unorganisierten erhalten weniger.

Die Zuschläge, die für Minder den Arbeitslosen gezahlt werden,
sind ebenfalls verschiedenartig wie die Unterstützungssätze für Er-
werbslose. Einmal werden, wie in Berlin, auch bei niedrigen
Sätzen solche Zuschläge nicht gewährt. Andererseits sind sie auch
bei anerkannter hohen Sätzen eingeführt. In 111 Gemeinden,
darunter 13 Großstädte und deren Vorortgemeinden, werden solche
Zuschläge nicht gezahlt. Unter 1 Mk. pro Woche gewähren 28,
1 Mk. 25, 1 bis 2 Mk. 75 und über 2 Mk. 29 Gemeinden. Höchst-
sätze sind in 85 Gemeinden für den Unterstützungsbeitrag festgesetzt.
Sie differieren zwischen 2,44 Mk. und 21 Mk. pro Woche. Einen
Schnittweg von über 12 Mk. pro Woche haben nur 25 Gemeinden.
13 Großstädte haben in weniger als 10 Mk. pro Woche die Höchst-
grenze für die Unterstützung als ausreichend an. Dagegen finden
wir kleinere Gemeinden, die ein weit höheres Existenzminimum
als selbstverständlich anerkennen. Die Stadt Eberswalde
(25 000 Einwohner) rechnet die von Gewerkschaften gezahlte Unter-
stützung zur Hälfte an. Sie hat folgende Höchstätze bestimmt:

	Zahl der Gewerkschaftl. Mitglieder	Höchstbetrag
ledige	5,60 Mk.	8,40 Mk.
Ehepaar	8,40	9,10
mit 1 Kind	10,50	8,75
" 2 Kindern	12,80	8,40
" 3	14,70	8,05
" 4	16,80	7,70
" 5 u. mehr Kind.	18,90	7,85

Werden infolge höherer Unterstützung von der Gewerkschaft
diese Höchstätze überschritten, so wird die von der Gemeinde zu
zahlende Summe entsprechend gekürzt.

Als Gegenbild von Eberswalde mit seinen Sätzen für Par-
unterstützung kann Mühlhausen dienen. Hier gilt das folgende:

ledige pro Woche:	Ein Ehepaar pro Woche:
Parunterstützung 1.- Mk.	Parunterstützung 2.- Mk.
3/4 Liter Milch 0,70 "	3/4 Liter Milch 0,70 "
7 Portionen Essen 1,40 "	11 Portionen Essen 2,80 "
3/4 Pfund Brot 0,70 "	7 Pfund Brot 1,40 "
Zusammen 3,80 Mk.	Zusammen 6,90 Mk.

Für jedes Kind unter 14 Jahren werden pro Woche 1 Mk. und
3/4 Liter Milch mehr gewährt. Ferner zahlt die Stadt vom 1. No-
vember 1913 an Witzjuchshüsse von 5 bis 10 Mk. pro Monat und auf
Antrag auch die Beiträge für die Strafkammerübernahme.

Diese beiden Beispiele zeigen, wie verschiedenartig die von den
Gemeinden für die Arbeitslosenunterstützung getroffenen Bestim-
mungen sind.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen im Jahre 1913.

(Schluß)

Die Gesamtzahl der im Jahre 1913 von den Zentralverbänden
geleiteten Kämpfe betrug 2 000 (2825). Davon waren Angriffsstreiks
1 207 = 60,3 Proz. (1513 = 75,6 Proz.), Abwehrstreiks 803 =
40,3 Proz. (926 = 46,8 Proz.) und Ausperrungen 127 = 6,4 Proz.
(156 = 7,7 Proz.). Die Gesamtzahl der Kämpfe hat sich gegen
das Vorjahr um 22,5 also erheblich vermindert. Diese Tatsache
kann als ein Zeichen der unannehmeren wirtschaftlichen Lage des
Jahres 1913 angesehen werden. Diese Annahme wird noch weiter
bestätigt durch den besonders starken Rückgang der Angriffsstreiks.
Die Abwehrstreiks haben zwar auch eine Abnahme erfahren, jedoch
in einem viel geringeren Maße als bei den Angriffsstreiks er-
folgte. Der prozentuale Anteil der Abwehrstreiks an den Gesamt-
kämpfen ist gegen das Vorjahr sogar, wenn auch unbedeutend, ge-
stiegen. Die höhere Zahl der Ausperrungen ist ausschließlich zu-
rückzuführen auf den im Frühjahr 1913 im Metallgewerbe statt-
gehabenen erweiterten Kampf um den neuen Reichstaxi, der in
einer ganz erheblichen Anzahl von Orten Ausperrungen der Ge-
werkschaften zeitigte. Von den gesamten 127 Ausperrungen konnten
auf den Verband der Masler allein 291 mit zusammen 27 901 Aus-
gesperrten.

In den gesamten Kämpfen des Jahres 1913 waren 248 980
Personen, darunter 20 732 weibliche, durch Arbeitseinstellung be-
troffen. 1912 nahmen an den Kämpfen 179 589 Personen teil, de-
von kamen jedoch auf den Bergarbeiterstand, wie schon erwähnt
wurde, allein 237 732. Diese Zahl macht sich auch bei einem Ver-
gleich des prozentualen Anteils der Personen an den verschiedenen
Arten der Kämpfe in den beiden Jahren, besonders bei den An-
griffsstreiks, recht erheblich fühlbar. Es nahmen 1913 teil an den
Angriffsstreiks 140 615 Personen = 56,5 Proz. (152 090 = 73,1
Prozent) und an den Abwehrstreiks 98 979 Personen = 41,8 Proz.
(115 400 = 9,5 Proz.). Von den Ausperrungen wurden betroffen
71 392 Personen = 28,7 Proz. (82 000 = 17,1 Proz.). Unter dem
Einfluß des Bergarbeiterstandes war die Zahl der an den
Angriffsstreiks im Jahre 1912 beteiligt gewordenen Personen mit
211 175 höher, als 1913. Auch die Abwehrstreiks und Ausperrungen
weisen eine geringere Beteiligung auf.

Der Ausgang der Angriffsstreiks war in 791 Fällen = 61,1
Prozent erfolgreich, in 270 Fällen = 20,9 Proz. teilweise erfolgreich
und in 233 Fällen = 18,0 Proz. erfolglos. Von den Beteiligten
hatten 44 861 = 32,1 Proz. teil, 11 281 = 22,1 Proz. einen teil-
weisen und 60 800 = 45,5 Proz. keinen Erfolg.

Von den 996 Abwehrstreiks endeten 533 = 53,4 Proz. erfol-
greich, 101 = 12,0 Proz. teilweise erfolgreich und 206 = 21,5 Proz.
erfolglos. Der Erfolg der Beteiligten kam bei den Ab-
wehrstreiks nicht in dem gleichen Maße als bei den Angriffsstreiks
betrachtet werden. Für 21 797 = 62,1 Proz. Personen war es
möglich, eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen erfolgreich
anzuwenden, 3059 = 11,3 Proz. Personen erreichten nur einen
teilweisen Erfolg, erlitten also eine teilweise Verschlechterung der
Arbeitsbedingungen, während für 9076 Personen = 25,9 Proz. die
Abwehr der Verschlechterungen erfolglos war.

Die Ausperrungen bieten ein Kampfmittel der Unter-
nehmer, um Forderungen der Arbeiter abzuwehren oder ihnen eine
Verschlechterung der Arbeitsbedingungen aufzudrängen. Unter
diesem Gesichtspunkte müssen auch ihre Wirkungen aufgeführt
werden.

Einen vollen Erfolg hatten die Unternehmer nur bei 58 Aus-
perrungen = 11,1 Proz. der Gesamtzahl, die sich auf 23 957 Per-
sonen = 33,9 Proz. aller Ausgesperrten erstreckten. Ergebnislos
für die Unternehmer endeten dagegen 302 Ausperrungen = 77,3
Prozent mit 32 663 Ausgesperrten = 46,2 Proz.; der Erfolg war
hier auf Seiten der Arbeiter. Bei 51 Ausperrungen = 12,4 Proz.
wurde teilweise erfolgreich, d. h. auch in diesen Fällen wollten
die Unternehmer sich zu Standesleistungen bereit erklären, wenn auch
den Arbeitern kein voller Erfolg zuteil werden war.

Von den gesamten 2 000 Kämpfen waren am Jahreschlusse 53
mit 3542 daran beteiligten Personen nicht beendet. Fast man den
Ausgang der beendeten Kämpfe zusammen, so ergibt sich, daß von
diesen 1626 = 63,8 Proz. 1721 = 61,7 Proz. erfolgreich und
422 = 16,6 Proz. 458 = 16,1 Proz. teilweise erfolgreich endeten.
497 Kämpfe = 19,5 Proz. (508 = 19,7 Proz.) waren erfolglos und
von zwei Kämpfen blieb der Ausgang unbestimmt. Von den an den
beendeten Kämpfen beteiligt gewordenen 245 441 Personen hatten
99 294 = 40,4 Proz. (114 736 = 28,1 Proz.) einen vollen und

49233 = 20,1 Proz. (60.091 = 12,6 Proz.) einen leistungsfähigen Erfolg. 163831 Personen (38,2 Proz. (271979 = 57,8 Proz.) waren Erfolg beschieden. Nur 3084 Personen wurde über den Erfolg nicht berichtet. Der Gesamterfolg der Mänpfe war 1913 etwas günstiger als im Vorjahre; der Anteil der erfolgreichen Fälle stieg um 2,1 Proz., während der Status der teilweise erfolgreichen und der erfolglosen Mänpfe der gleiche blieb. Die prozentualen Erfolgsziffern der Beteiligten des Jahres 1912 werden durch die große Zahl der an dem erfolglosen nachbleibenden Vergarbeitsausfall beteiligt gewordenen Personen erheblich beeinträchtigt.

Nur 196.160 Personen konnte der durch die Arbeitseinstellung erfolgte Anfall an Arbeitszeit und Verlust an Verdienst festgestellt werden. Es betrug der Verlust an Arbeitszeit für männliche Personen 5.291.557 und für weibliche Personen 3.901.177, zusammen 9.192.734 Tage. Der Anfall an Verdienst beträgt sich bei den männlichen Personen auf 25.239.833 Mk. und bei den weiblichen Personen auf 17.109.090 Mk., zusammen 42.348.923 Mk. Von dem gesamten Verlust an Arbeitszeit und Verdienst kommt auf die Versicherten ein Arbeitszeitverlust von 1.532.314 Tagen und ein Verdienstausfall von 7.268.356 Mk.

Die Mänpfe erforderten eine Gesamtausgabe von 14.825.881 Mark (11.960.365 Mk.). Sie ist um 3.339.516 Mk. höher als die des Vorjahres. Von den gesamten Kosten kommen auf die Angestellten 8.830.752 Mk., Arbeitnehmers 2.078.192 Mk. und Ausführenden 3.940.738 Mk. Außerdem verausgabten 5 Verbände noch 76.199 Mk. an Internierung für Mitglieder, die an den Mänpfen anderer Verbände mit beteiligt waren.

Die achtamen von den Zentralverbänden im Jahre 1913 geführten wirtschaftlichen Bewegungen brachten 1.117.050 Personen einen Erfolg. Nur 1.011.671 Personen wurde eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen erzielt und für 102.385 Personen Verschlechterungen vollzogen oder teilweise abgewendet. Es erreichten 321.791 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 685.894 Stunden, 915.972 Personen eine Lohnverbesserung von zusammen 2.021.552 Mk. pro Woche und 131.819 Personen eine sonstige Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Der größte Teil der Erfolge entfällt auf die Angestelltenbewegungen ohne Arbeitseinstellung. Durch diese wurde erzielt eine Arbeitszeitverlängerung für 283.335 Personen von zusammen 500.733 Stunden, für 772.243 Personen eine Lohnverbesserung von zusammen 1.686.357 Mk. pro Woche und für 38.170 Personen eine sonstige Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Ein Vergleich dieser Zahlen mit den im Jahre 1912 erreichten Erfolgen zeigt, daß 1913 die Zahl der Personen, die eine Arbeitszeitverlängerung erreichten, um 33.331 geringer ist als im Vorjahre und zusammen 144.957 Stunden pro Woche an Arbeitszeitverlängerung weniger erzielt wurden. Die auf jede Person entfallende durchschnittliche Arbeitszeitverlängerung blieb jedoch gleich, sie beläuft sich auf 2,4 Stunden pro Woche. Die 1913 erreichten Lohnverbesserungen übersteigen dagegen weit die im Vorjahre erzielten Resultate. Die Zahl der Personen, die eine Lohnverbesserung erreichten, ist um 35.951 und die Gesamtsumme der Lohnverbesserung um 1.071.591 Mark pro Woche höher als 1912. Der auf jede Person entfallende Durchschnittsbetrag betrug 1913 2,23 Mk. und 1912 1,79 Mk. pro Woche. Dieses bedeutend höhere Maß an erreichter Lohnverbesserung ist besonders der im Pausenwerte stattgefundenen Tarifbewegung anzuschreiben.

Abgewendet wurden 1913 für 1063 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 18.970 Stunden, für 25.883 Personen eine Lohnverbesserung von zusammen 43.950 Mk. pro Woche und für 41.891 Personen eine sonstige Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Trotz erfolgreicher Arbeit trotz dagegen ein für 793 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 3.208 Stunden, für 3629 Personen eine Lohnverbesserung von zusammen 10.109 Mk. pro Woche und für 1723 Personen eine sonstige Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

In 3103 Fällen (3599) kam es bei den Bewegungen zum Abschluß von Tarifverträgen für zusammen 725.521 Personen (25.518). Der gegen das Jahr 1912 im bedeutend höheren Maße erfolgte Abschluß von Tarifverträgen resultiert besonders aus den Tarifbewegungen der Verbände der Panarbeiter, Maler und Zimmerer.

Das Kriegsjahr 1914 hat sie bis bisher in normaler Weise vollziehende Entschädigung der wirtschaftlichen Mänpfe im unteren Proben. Der Verteidigungskampf der gesamten deutschen Nation nach außen hat die Interessensgegenstände zwischen Arbeit und Kapital im Innern zurücktreten lassen. In der Ausrichtung dieser Interessensgegenstände im Waffenstillstand einmühen. Wie sich im Laufe der Entschädigung der Arbeiterorganisationen gestalten wird, läßt sich heute noch nicht voraussagen. Sollen wir, daß die wirtschaft-

lichen Mänpfe der Arbeiterschaft eine objektivere Würdigung im bürokratischen Kreisen finden und die Gewerkschaften künftig verächtlich bleiben von all den Heintagen, im polizeilichen Geiste von den Behörden wieder in so reichem Maße einschüchtern Drangsalierungen.

Eins ist sicher. Solange wie die kapitalistische Produktionsform besteht, werden ihre inneren Gegensätze zu kämpfen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum führen. Nach der Beendigung des Krieges wird dieses Ringen aufs neue einsetzen. Wie bisher, so wird sich auch in den zukünftigen Kämpfen die Arbeiterschaft nur auf ihre eigene Kraft, die in dem nachwachen Ausbau ihrer Organisation beruht, stützen können. Es ist deshalb dringend notwendig, die Gewerkschaften über den Kriegszustand hinweg aktivitätsfähig zu erhalten und sie nach dem Kriege mit neuem Leben zu erfüllen.

• **Wochenbericht vom Krieg** •

Berlin, 1. Januar 1915. Im neuen Jahre der alte Krieg! Denn wie lange erscheint uns allen schon die Zeit, da noch Frieden war. Und im gegenwärtigen Augenblick wäre es vermessend, wollte man ein baldiges Ende des furchtbaren Völkerringens auszusprechen. Die trüben Aussichten auf lange Dauer haben die größte Wahrscheinlichkeit. Mag den Dabeingeschienen in den letzten Wochen das Tempo des deutschen Fortschritts etwas langsam erscheinen, es ging immerhin vorwärts und kein ernstlicher Grund zur pessimistischen Betrachtung der Kriegslage ist gegeben. Aber schwere, unsonbar schwere Arbeit haben unsere Truppen zu verrichten. Tag um Tag sind sie in Frankreich wie in Polen mit dem Tode bedroht und — Tag um Tag fallen Tausende als Opfer des Krieges auf allen Seiten. Trotzdem wird die sozialistische Konfession der neutralen Länder, die nun am 17. und 18. Januar in Kopenhagen tagen soll, im gegenwärtigen Augenblick leider wenig Aussicht auf wirkungsvolle Friedenspropaganda haben, denn die trügerischen Ereignisse sind noch zu sehr in der Schärfe. Wie schwer der Kampf in Polen ist, beweist u. a., daß seit 11. November allein 136.000 Gefangene davon bei 58.000, über 100 Geschütze und 300 Maschinengewehre erbeutet wurden, ohne daß die Kraft des russischen Heeres gedrohen wäre! Ja, in Ostgalizien und in den Karpaten sind die Russen trotz vieler Verluste nach weiter vorgedrungen. Wie der amtliche Bericht des deutschen Hauptquartiers am 31. Dezember 1914 mitteilt, befanden sich bei Jahresabschluss in Deutschland (außer den ebligen in Polen und sonstigen auf Transport befindlichen!) an Kriegsgefangenen: 8135 Offiziere und 577.875 Mann! Davon sind Franzosen: 3159 Offiziere, 215.905 Mann (7 Generale), Russen: 3575 Offiziere, 306.291 Mann (18 Generale), Engländer: 612 Offiziere, 3682 Mann (3 Generale), Engländer: 492 Offiziere, 18.524 Mann. Andererseits teilen englische Zeitungen mit, daß 6 neue englische Armeen (18 Armeekorps) zum Transport nach Frankreich bereit seien! Das wären fast 2 Millionen Soldaten! Ob die Nachricht in dieser Fassung nicht doch ein „Armeeschliff“ ist, bleibt abzuwarten. Jedenfalls ist der vielzitierte „Japaneridiot“ die Heberührung mehrerer 100.000 Japaner nach Europa jetzt von Japan selbst als falsche Nachricht bezeichnet. Sie wollen nicht „Kriegsopfer in Europa“ spielen. — Beachtenswert ist der jüngste amerikanische Protest gegen die englische Definition der bedingten Kriegsunterhandlung, wie überhaupt der englische Seefrieg mehr einer Piraterie gleicht. Es Amerika die angekündigten Konventionen zieht (Aufhebung gegen jede Unterhandlung und unbedingte Freigabe von Nahrungsmitteln mit neutralem Bestimmungsort), ist für Deutschland von großer Wichtigkeit. — Natürlich hat das neue Jahr eine Renaissance überflüssiger Medien über „Deutschlands Kriegslage“ gebracht. Die konservativen wollen meist alles wieder beim alten lassen, die Fortschrittler unter Schwärmen von den Vereinigten Staaten von Europa“ unter Deutschlands Führung. Wir fürchten, der Kriegsausbruch bringt kein solches Einverständnis der kapitalistischen Staaten Europas, so wünschten wir das wäre. Der Kapitalismus hat seine eigenen Gesetze und — Gesetzmäßigkeiten. Die deutsche Arbeiterschaft wird auch im neuen Jahre alle Kräfte anspannen müssen, um ihre Ziele und Auffassungen zur Geltung zu bringen. — Nachstehend Einzelheiten: 24. 27. Dezember. Nachträglich wird bekannt: Darflicher Sieg zwischen Ost und West (Maulwurf), Russische Verluste 1000 Gefangene, 6 Geschütze. Russischer Verlust, an 100.000er Mänpfe Waren zu legen, durch Erdbeben

vielfacher Morte bereitet. Russische Minenleger „Mitos“ und „Dag“ durch türkischen Kreuzer „Mulla“ versenkt. Portugiesischer Einfall in Deutsch-Südwest-Afrika zurückgeschlagen, portugiesische Kolonialstation Namibia von deutschen Truppen besetzt. — Französische Angriffe auf der ganzen Westfront (Neufort bis Sembeim in den Vogesen) abgeschlagen. — Englischer Torpedojäger durch Unfall auf See gesunken. — 28. Dezember. Russische Verstärkungen zwingen die Österreicher in den Karpaten zum Rückzug auf Gorlice. — Erneuter Landungsversuch der Engländer bei Anaba (Nowotz) wird von den Türken abgewiesen. — 29. Dezember. Deutsche Heeresleitung gibt bekannt, daß russisch-polnische Städte Lwowitz und Sieroneuice seit sechs Tagen in deutscher Hand sind. — Russische Eisenbahn in den Karpaten wird durch österreichische Gegenangriffe zum Stehen gebracht. — Die Türken erobern Ardagan (Maulasus). — In Persien verloren die Russen eine Salva gegen Türken und Perser. Verluste 200 Tot, 600 Gefangene, 6 Kanonen. — 30. Dezember. Erneute französische Angriffe nördlich Chalons, in der Argonnen und Doerlsch werden unter deutschem Feuer zusammen. Verluste 250 Gefangene. — Bei Drebinje werden die Montenegriner zurückgeschlagen. — 31. Dezember. Neuer welscher erneuter Angriff des Varenführers Karis auf die Engländer am 22. Dezember. Letztere wussten sich viel Mühe zurückziehen. — In den Argonnen gewinnen deutsche Angriffe Terrain. 400 Gefangene und 6 Maschinengewehre erbeutet. — Französische Angriffe im Doerlsch werden abgeschlagen. — In den Karpaten verlieren die Russen 2000 Gefangene und 6 Maschinengewehre. — 1. Januar. Englisches Kriegsschiff „Formidas“ durch deutsches U-Bootboot im englischen Kanal zum Sinken gebracht. — 2. Januar. In Polen bestanden bei Wladislaw wägen russischen Stützpunkt Bergomow genommen. 1000 Russen gefangen, 6 Maschinengewehre erbeutet. — Russische Angriffe bei Fromlezy (Nordpolen) unter starkem Verlust zusammengebrochen. — Erneute russische Versuche, die österreichische Schlachtfront bei Gorlice (Karpaten) zu durchbrechen, werden unter schweren Verlusten abgewiesen. 650 Gefangene, zwei Maschinengewehre, ein Aeroplan erbeutet.

Kriegsbriefe

Unser Verbandsvorsender im Schüngenaraben, Kollege Hedmann schreibt uns vom 20. Dezember 1914 aus Frankreich: „Hi, hi! Endlich komme ich dazu, Dir zu antworten. Das ist nicht leicht, denn unsere Verhältnisse haben sich erheblich geändert und zwar sehr zu unserer Nachteil. Wir wurden der ersten kaiserlichen Landwehrdivision zugeteilt und liegen jetzt jeweils drei Tage im Schüngenaraben und drei Tage zur Erholung hier in der Kaserne. Was es heißen will, im Schüngenaraben liegen, kannst Du Dir ungefähr vorstellen, wenn ich Dir sage, daß die Gräben eben genau sind, um mit dem Mantel an beiden Seiten anzuklopfen, so daß die bei dem häufigen Regen herabrinneende gelbe Lehmrinne sich liebevoll dem Mantel mitteilt, was dem schwarzen Mehl (wir haben alle Mäntel) ein schönes „Schwarzwasser“ herein schleift. Außerdem laßt der Mensch auch im Schüngenaraben nicht ständig passieren. Das tut er nur, wenn er Wade hat, sondern er lebt meist in der „Unterhände“ genannten Erdlöcher ein. Die sind zum Teil sehr gut und schön eingerichtet, mitunter aber auch recht primitiv. Wir d. h. meine Gruppe, bewohnten kürzlich ein Loch, das wir wegen des Grundwassers wieder verlassen mußten. War unsere erste Wohnung von unten her „feucht geworden“, so war es die zweite nicht minder von oben“ — es tropfte nämlich ständig von der Decke, und auch die Zellwände hermodete nicht diesem Hebel ganz abzuwehnen. Unter diesen Umständen ist ein Heines Feuer zur Erwärmung, besonders der Füße, eine große Wohlthat, was auch der Rauch uns zu Tränen „führt“. Meine Kameraden haben eine annehmere Herberge im Anlegen von oben. Doch erleidet es die Herabstürzer, daß ihnen der manigfaltigen Material aus Stallweiser er, ante Den erprobte und die Trümmer die keine Leckten, die sich von wärmebedürftig entgegenbrachten. Dieser Mißgeschick wird nicht traurig genannt, ja, es dient zur allmählichen Erwärmung, wenn einer des Nachts des Mißgeschick ist, für der Zurückheit unerbittlich in einen Grauen Unersetzlicher und so die „Reidtrane“ des schwarzen Mantels zu herstellendiger Herabstürzung für meine Kampanne das gewöhnliche Loch erlaubt. Nur im Schüngenaraben in einem Schloß in der Nähe zu liegen. Zwei sind ungeschicklich nächste Tage, aber in ihren Ställen liegt nicht gerade das Lege „Bastun“ zu Trübsen, und ein Stück in ebenfalls kein Mangel, vor anderen „Mantelstücken“ erbeuteten. Und wenn es mich ertrage werden und wird im Hinblick auf recht Schlimmeres auch ganz gut überstanden. Doch unter solchen Umständen meine Ent-

widung zum Schlangenenenben weitere Fortschritt macht, kannst Du Dir denken. Mein Verlust an Körpergewicht betrug vorige Woche 24 Pfund, nach dem Bad waren's allerdings beinahe 26.

Denen im Schreiben vom 9. 12. 14 enthaltenen Ansichten kann ich mich im allgemeinen anschließen, besonders die Relationigkeit der Verbilligung der Kriegskredite scheint mir folgend dargelegt. Was mich aber ein wenig wundert, ist die Tatsache, daß Ihr Euch mit solchen Forderungen überhaupt abgeben müßt! Vielleicht denken und empfinden wir, die wir im Felde stehen, ein wenig anders als gewisse Heutheiler und Prahlhähne, die mit sehr geräuschvollen Schreien davor rufen dem Schicksal über sich und das Weidwits empfinden, der kommenden Welt und Nachwelt ihre verstorbenen Ideen mit großartiger Pose vorzutragen, damit ihre werte Person ja nicht vergessen werde. Geht doch haben wir den Krieg nicht gewollt, aber nun er einmal gegen unseren Willen da ist, können wir nicht mit den Händen in den Hosentaschen zusehen, als ob uns die Sache nichts anginge, sondern wir müssen alles tun, um in dem uns aufgegebenen Kampf einen Mann für Sieger zu bleiben! Wer das unsägliche Elend der Bevölkerung in den Gebieten kennt, in denen der Krieg tobt (von dem oft unerfährten Verluh materieller Güter ganz abgesehen), der bedarf keiner weiteren Gründe mehr für die Verbilligung der Kriegskredite, denn er möchte ein Marx sein oder noch schlimmeres, wenn er nicht alles aufbiete, die Schwere des Krieges möglichst von unserer Grenze fernzuhalten. Selbstverständlich ist das Wohlergehen unseres eigenen Volkes und damit auch der Arbeiter höher als die Traumwelt unverschämter Träumer. Vielleicht sehen wir uns nach dem Krieg einmal mit den Völkern aneinander, jetzt wäre das unnötige Herverdrängen, Dir und allen Kollegen wünsche ich ein „glückliches Neues Jahr“ und recht bald einen Frieden, der es uns ermöglicht, unsere besondern Aufgaben zum Wohle der Staats- und Gemeindeglieder zu erfüllen.“

Aus der Praxis der Arbeiterversicherung

Von der neuen Kriegswochenhilfe. Bekanntlich ist der Anspruch auf diese Wochenhilfe, die wir in der Nr. 1 der „Gew.“ näher erörtert haben, dann gegeben, wenn der Ehefrau vor der Einberufung in den vergangenen 12 Monaten mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vorher mindestens 6 Wochen gegen Krankheit versichert war. Es ist nun Streit darüber entstanden, ob auch dann der Anspruch gegeben ist, wenn der Ehefrau zwar in den letzten 12 Monaten 26 Wochen stammemäßig war, aber zur Zeit der Einberufung gerade infolge von Arbeitslosigkeit keine Woche angearbeitet. Es ist jedoch auch in diesem Falle ein Anspruch vorhanden. Daß der Ehefrau zur Zeit der Einberufung immer stammemäßig gewesen sein muß, ist in der Verordnung des Reichsausschusses nicht gesagt. Wenn jemand die Hilfe zum nur 6 Wochen stammemäßig gewesen ist, dann am 6. August zum Heere einberufen worden ist, würde allerdings kein Anspruch vorhanden sein, weil diese sechs Wochen nicht unmittelbar vorher“ liegen. Die 26 Wochen oder ein Teil dieser Wochen jedoch nach dem Wortlaut der Verordnung nicht unmittelbar vorher zu liegen.

Häufig wird es vorkommen, daß der Ehefrau während des Wochenbette eingezogen wird. Wir sind der Ansicht, daß in diesen Fällen ein Anspruch für den Rest der Unterhaltungszeit besteht. Es wäre unbillig, einer Frau die Wochenhilfe zu versagen, weil der Mann am 30. Dezember eingezogen wurde, die Entbindung aber schon am 28. Dezember erfolgte. Nur die vor dem 3. Dezember liegenden Fälle ist der Anspruch ganz fraglos. Man muß ihn unseres Erachtens aber auch für die späteren Fälle festhalten. Denn es sollte ja die Absicht der Gewährung der Wochenhilfe sein, von dem fortgerufenen Mann die Sorge um das Schicksal der Familie auf das Weib zu übertragen.

Bei näherem Hinsehen finden wir jedoch, daß auch solche Wöchnerinnen, die keinen Mann im Kriegsdienst haben, aber stammemäßig sind, Anspruch auf Entgelt haben. Dazu gehören auch uneheliche Wöchnerinnen. Der § 8 der Verordnung spricht nämlich ganz allgemein von solchen Wöchnerinnen, die nur während „auf ihre eigene Verantwortlichkeit, nicht aber auf Grund des § 1 dieser Verordnung“ (weil der Mann im Kriege ist) Ansprüche an die Staatentasse haben. Diese sollen ebenfalls Ansprüche auf die Leistungen aus § 3 Absatz 1 (Entwöchnerinnen), § 3 (Gebärmereisen) und § 4 (Stillsitzende) der Verordnung haben. Der Absatz 2 des ersten Paragraphen, der das Wöchnergeld auf mindestens 1 Mark pro Tag festsetzt, ist in diesem Zusammenhang nicht genannt. Das

würde zur Folge haben, daß diese Wöchnerinnen nur Anspruch auf das tatungsgemäße Wochenlohn behalten. Wo das Wochenlohn z. B. nur 75 Pf. pro Tag beträgt, braucht es also für unbeschäftigte Wöchnerinnen und Frauen ohne Kriegsdiensttunenden Mann nicht auf 1 Mk. erhöht werden und Landfrauenlöhne brauchen in diesen Fällen bei entsprechender Zahlungsbereitschaft das Wochenlohn außerdem noch wie vor nur für 1 Woche zu gewähren.

Nur Ehefrauen von Kriegsteilnehmern müssen unter allen Umständen, ob sie selber versichert sind oder nicht, für 8 Wochen 1 Mk. pro Tag erhalten. Nach einem Verstoß des Reichsanzweisers müssen für jede Woche 7 Mk. gezahlt werden. Eine versicherte Frau, die auf ihre Mitgliedschaft nur Anspruch an die Krankenkasse auf 1,50 Mk. pro Woche hat, erhält also trotzdem 7 Mk. Den Differenzbetrag von 2,50 Mk. pro Woche erhält die Krankenkasse vom Reich erstattet. Nur die Wehrleistungen für unbeschäftigte Wöchnerinnen und versicherte Frauen ohne Kriegsdiensttunenden Mann müssen die Klassen aus eigenen Mitteln gewähren.

Rundschau

Krieg und gewerkschaftliche Treue. In engster Weise hängt das Wohl und Wehe des proletarischen Volkes vom wirtschaftlichen Gelingen, von der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Wenn es darum geht im Kriege heilig wie im Frieden, um unsere wirtschaftliche Freiheit zu wahren und zu heben, so können wir als Glieder des proletarischen Volkes erwarten, nach dem Siege auch teilzunehmen an jener Entwicklung der wirtschaftlichen Freiheit. Die Erfahrung hat uns jedoch gelehrt, daß uns soziale Fortschritte nicht freiwillig zugehen und angeboten werden. Nur der Kampf hat uns auf dem Gebiete des sozialen Lebens stets weitergeführt. Wir werden also auch nachher, wenn nach dem Siege die wirtschaftliche Freiheit gesichert und gegeben ist, kämpfen müssen, um an den wirtschaftlichen Erfolgen teilzunehmen. Wer nur ein wenig die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu erkennen vermag, der muß demnach annehmen, daß es jetzt proletarische Pflicht ist, der gewerkschaftlichen Organisation die Treue zu bewahren, denn die Organisation ist es, die nachher diesen unseren Kampf auszufohren hat. Wie und nimmer werden wir an den wirtschaftlichen Aufschwüngen Anteil haben, wenn eine große, starke Organisation nicht für unsere Interessen eintritt. Führt, unglücklich kurzzeitig handelt also alle die, die sich da jetzt wohl für des Vaterlandes Freiheit begeistern, aber ihren Verstand dabei verlassen. Ist damit die wirtschaftliche Freiheit des Volkes erlangen, daß das wirtschaftliche Leben als solches frei ist? Nein, das proletarische Volk nimmt erst in vollem Maße an der wirtschaftlichen Bewegung Anteil, wenn es sich nach der Kriegszeit durch unentwegtes, geistreiches Ringen seinen Anteil an der Freiheit erkämpft. Darum sollen wir gewiß mit ganzem Herzen für unser Vaterland die wirtschaftliche Freiheit erkämpfen, aber ebenso haben wir unserer Organisation die Treue zu bewahren, damit wir mehr und mehr teilnehmen an den Früchten jener neuen wirtschaftlichen Freiheit. Der Krieg schafft dem proletarischen Volke die Voraussetzung zur wirtschaftlichen Freiheit, der gewerkschaftliche Kampf bringt dann nach und nach die Freiheit selbst. Had demnach ist für einen denkenden Menschen jetzt ein begünstigtes Schicksal nach Freiheit des Volkes nicht möglich ohne die Treue zur gewerkschaftlichen Organisation.

Rechtfertigung bisher verkannter Ideen. Wichtige Gedanken, die vor dem Kriege niemals recht anerkannt wurden, sind durch ihn zu brechenden Tagen geworden: Die Grundzüge der Wandlung, die durch den Krieg notwendig geordnete Neuorganisation der Volksernährung. Was die Vertreter einer naturgemäßen Lebensreform immer wieder betonten: Schwarzbrot statt Weizenrot und Mucken, Beschränkung des Alkoholverbrauchs, Kampf gegen Schnaps und Bier mit dem Ziel: Einschränkung der Schwelgerei und der Vernichtung von Genuß, wurde zur Lösung aller Einsichten. 1912 wurden rund 1.357.000 Tonnen Getreide zu Bier und 399.000 Tonnen Getreide zu Trinkmischungen verarbeitet. Diese 1.756.000 Tonnen Getreide entsprechen dem größten Teil der hauptsächlich 1912/13 verbrauchten Getreidemenge von Weizen, Roggen und Gerste im Reiche und außerdem dem Getreidebedarf des gesamten Deutschen Reiches. Bier und Weizen sind andere Nahrungsmittel für einen vollen Mann überflüssig. Von den 1912/13 verbrauchten 1.756.000 Tonnen Kartoffeln wurden 2.730.000 Tonnen in Premerien verbraucht. Die große Masse (1,1 Mill. Tonnen) wurde zu Feinbranntwein umgewandelt. Da aber weder für die menschliche Ernährung jährlich höchstens 200 Millionen Liter Feinbranntwein gebraucht werden, also zusammen 1,3 Millionen Tonnen von Menschen verbraucht werden sind, so bedeuten die 1,1 Millionen Tonnen, die in

Feinbranntwein umgewandelt worden sind, den größten Teil aller für Ernährungszwecke verbrauchten Kartoffeln und würden den Kartoffelbedarf zur Ernährung für 30 Tage länger sichern können. Werden bisher bei der Weizenzeugung nicht mehr als 70 Prozent für die Zwecke der menschlichen Ernährung nutzbar gemacht, so müßten Weizen bis zu 90 und 65 Prozent Ausbeute hergestellt werden. Prof. v. Guerber bewies, daß durch die Verwendung der 87.000 Hektar einnehmenden Hopfenfelder zu Gemüsebau für die Ernährung des gesamten Volkes und Heeres nicht weniger als 7,7 Millionen Liter jährlich mehr gewonnen werden könnten. — Es wäre eine kaumereiche Kriegsfolge, wenn diese Grundzüge auch im Frieden Beachtung fänden.

Der Zahlmeister im Felde. Der Verwalter der „Kriegskasse“ ist im Felde eine wichtige Person. Aber nur wenige wissen, wie da draußen die Moneten untergebracht und verwaltet werden, und wie der Geldumlauf bei den Truppen abläuft. Eine Darstellung, die Zahlmeisterer Sonnenbrille im „Berliner Tageblatt“ gibt, wird auch unsere Leser interessieren. Jedes im Feld ziehende Armeekorps, heißt es darin, hat eine bereits im Frieden vorhandene Feldkriegskasse. In ihr gehören ein Kassablenker, einige Buchhalter und das sonst noch erforderliche Massenpersonal. Drei große Massenzüge nebst Küche und Stallwagen, fertig bis zu den Vorratssäcken für die Duffeln der Pferde, neben ihnen im Frieden bereit, den ankommenden Infanterie in sich aufnehmen und dann den Truppen zu folgen. Bei der Mobilmachung werden die Pferde ausgeschoben, das Geld wird in möglichst kleiner Münze vom Kassablenker bei der Reitermarschpost erheben, und von diesem Zeitpunkt an stehen die Bagen ständig unter militärischer Schutze. Je nach der Stärke des Armeekorps werden Beträge in Silber, Kupfer, Nickel und Papier bis zu mehreren Millionen mitgeführt. So daß die mit vier Pferden bespannten drei Massenzüge unter ihrem leichten Infanterie Infanterie stehen. Et wiegt der Infanterie je nach der Menge des mitgeführten Zubehörs, 100 und mehr Zentner. Diese Feldkriegskasse befindet sich dauernd in dem jeweiligen Hauptquartier des Armeekorps, und zu ihr findet im Felde eine ununterbrochene Wallfahrt aller Stabskommissionen und Zahlmeister statt. Zu Fuß, zu Pferde, zu Rad, im Auto oder Wagen treffen da jeden Tag die Herren mit den von den Intendanten angewiesenen Forderungsadressen ein und erpäuzen ihren eifrigen Bestand. Er wird also im Laufe des Monats langsam ausgegeben und zum Ultimo (Monatsende) wieder aufgefüllt. Aber auch zwei Millionen erschöpfen sich doch einmal! Wie erhält nun die Feldkriegskasse ihre Bestände? Da hat nun die Militärverwaltung ein recht hübsches Abkommen mit dem Postamt geschlossen, ein System, das so einfach und wunderbar klar ist, daß man sich wundern könnte, es wäre zu einfach, um den den noch im Frieden nicht gerade immer einfach arbeitenden Staatsverwaltung angenommen werden zu können. Alles in der Heimat durch Postanweisungen für die Truppen eingezahlte Geld fließt im Aufmarsch, nur die ins Feld geschickten Postanweisungen betreffen der Zahlmeister und zählt darauf den Empfänger den Betrag aus seiner Truppenkasse. Am Monatsanfang legt er der Feldkriegskasse die Leistungen vor und erhält das Geld dort zurück. Da nun aber erfahrungsgemäß viel mehr Geld vom Kriegskassaplatz nach der Heimat geschickt wird, so fällt die Post die Kriegskasse immer wieder auf. Denn alles nach der Heimat aufgekommene Geld wird nicht an den Ort der Abreise geschickt, sondern täglich abends durch die Post an die Feldkriegskasse abgeführt. Es sind Tage vorgekommen, an denen ungefähr 100.000 Mk. bei einem Armeekorps aufgeführt und an die Feldkriegskasse abgeführt wurden. Die Postanweisungen gehen mit den Briefen nach der Heimat und die eintägige Abrechnung zwischen Post und Militärämtern findet zu späterer Zeit in Berlin statt. Das bei der Mobilmachung empfangene Geld fließt also im Felde lediglich einen Kreislauf. Vom Zahlmeister zum Empfänger, von diesem zum Postamt und von hier zur Kriegskasse und zum Zahlmeister zurück. Ein Dokument für diesen Kreislauf bildet bei jedem Armeekorps ein Halbdutzendquittungen, mit Kontostreifen zusammengeliefert, kaufmännischen, der sämtliche Stabsstellen an einem Zahlungsbüro zum festen Rolle postierte und jedesmal bei seinem Auftreten von dem alten Zahlmeister mit lautem Jubel als alter Postmeister begrüßt wurde. Eine andere Art der Ergänzung erzählt die Kriegskasse durch die beidseitigen Staatsorgane in Deutschland, die zum Beispiel in Belgien etwa 100.000 Franz und mehr betragen. Allerdings ist der Auftrag erfüllt worden, alles belgische Untergeld der Heimat zurückzuführen, so daß demnach nur noch deutsches Papiergeld in den belgischen Gebieten in Umlauf ist. Die Heinen und Heinen demnach bestehende von 2 und 1 Mk. sind wieder gewarnt mit einem Quoten von 100 bis 200 und 100 bis 200 ausgegeben worden. „Geldabwärtler“ werden sie kurz nach dem, aber der gute Zweck des nach Hause gehen Geld und Untergeldes hat selber die Mannschaften sowohl mit dem vielen Erwerb verlohren. Wenn nun die Postanweisung der Monatsausgaben in den Monatsausgaben angeführt werden, so sieht man wie im Frieden, so unterstellt sich die gesamte Zahl der Zahlmeister im Felde doch ganz gewiß von seinen Funktionen an den den. Der Postanweisung und im Felde so noch geübte Zahlmeister soll ja in jeder Weise nach für Geld sorgen.

was er sich ja verbüßenermaßen leisten muß, sondern seine Körperkraft...
gibt, wobei dann in Verbindung mit dem ihm zur Unterstützung...

Eingegangene Schriften und Bücher

„Die Marktleiden“. Unter diesem Titel erscheint seitdem im Namen
der beliebten Vorwärts-Bibliothek die unter dem Namen „Madame
Therese“ bekannte Erziehung von Edmund Gauffier. Es ist recht...

„Kriegsfahrten durch Belgien und Nordfrankreich“ von Dr. Adolf
Roßler und Gustav Koole. Mit 16 Bildern und 1 Karte. Preis 1 Mk.
Verlag: Buchhandlung Vorwärts-Paul Zinger G. m. b. H., Berlin. Was...

„Kolonialpolitik und Sozialdemokratie“ von Gustav Koole. 212 Seiten
Klein. Verlag: J. S. W. Tiedsch. G. m. b. H. in Stuttgart. Preis:
brochüriert 1,50 Mk., gebunden 2 Mk. Inhalt: Die deutschen Kolonien...

Hundert Briefe aus dem Felde. Im Verlag der Frankischen Verlags
anstalt und Buchdruckerei G. m. b. H. in Nürnberg ist sofort erschienen:
Was die Soldaten über den Krieg erzählen. 117. Wagen hat in hübscher...

Sorge für die Hinterbliebenen und Kriegsverwundete. Was soll man
für den Fall seines Todes vorbereiten? Wie macht man sein Testament:
kostenlos selbst ohne Notar? Rat, Hilfe und Unterstützung für alle Hinter...

Krieger und Hinterbliebenenversorgung. (Zentralbüro Bibliothek
Seit 11. 8. 11) M. Stadbad 1911. Vorkommensverlag G. m. b. H.
15 Pf. behaltet. Das Inhaltsverzeichnis der damit verbundene
sammlung auf: Erster Teil: (Mannschafts-pensionsgesetz): Anspruch auf Mann...

„Das Jubiläum-Jahrbuch mit Kalender für Schlosser und Schmiede“.
Unter Mitwirkung erfahrener Fachmänner bearbeitet von Joh. A. Mude.
Von diesem liegt uns die wiederum durch wesentliche Ergänzungen und...

Totenliste des Verbandes.

- Hermann Diez, Gera
Gasanstaltsarbeiter
† 29. 12. 1914, 51 Jahre alt.
Gustav Schube, Weichen
Arbeiter beim Stadtbauamt
† 26. 12. 1914, 47 Jahre alt.
Karl Heinzmann, Stuttgart
Eisenbahnarbeiter
† 25. 12. 1914, 43 Jahre alt.
Reinhold Siebold, Berlin
Arbeiter in der Wanderverwaltung
† 28. 12. 1914, 61 Jahre alt.
Jakob Herß, Nürnberg
Arbeiter
† 30. 12. 1914, 42 Jahre alt.
Heinrich Warkun, Bremen
Eisenbahnarbeiter
† 23. 12. 1914, 36 Jahre alt.
H. Zanken, Wilhelmshaven
Mafchinenwärter
† 28. 12. 1914, 57 Jahre alt.
Marie Waffer, Breslau
Küchenfrau
† 27. 12. 1914, 76 Jahre alt.
Hefner, Ludwigshafen a. Rh.
Eisenbahnarbeiter
† 14. 12. 1914, 54 Jahre alt.
Gottlieb Feidler, Berlin
Arbeiter im Gaswerk
† 22. 12. 1914, 66 Jahre alt.
Eugen Richter, Berlin
Eisenbahnarbeiter
† 27. 12. 1914, 25 Jahre alt.



Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:

- Ernst Eisner, Dresden
im Alter von 39 Jahren
in Frankreich gefallen
Otto Muckajer, Kückringen
am 11. September im Alter von
32 Jahren in Frankreich gefallen.
Karl Grossmühl, Hamburg
am 12. Dezember im Alter von
28 Jahren im Osten gefallen.
Max Aug. Habrich, Leipzig
am 29. Oktober im Alter von
29 Jahren in Belgien gefallen.
Karl H. Hennig, Dresden
am 25. August bei Donville im
Alter von 38 Jahren gefallen.
Edmund Schneider, Dresden
im Alter von 27 Jahren
in Frankreich gefallen.
Richard Hornig, Breslau
am 19. Dezember im Alter von
24 Jahren gefallen.
Paul Sprung, Wittweida
am 30. November im Alter von
35 Jahren in Ostpreußen gefallen.
Paul Kirchner, Breslau
am 22. September im Alter von
26 Jahren gefallen.
Adolf Urban, Mannheim
am 17. Dezember im Alter von
33 Jahren gefallen.
Johann Zimmer, Homburg
am 20. November im Alter von
37 Jahren gefallen.
Friedrich Wenigki, Hamburg
am 17. September im Alter von
29 Jahren in Frankreich gefallen.

Ehre ihrem Andenken!